

Auf Seiten der Leistungserbringer hat Blüms Spar-Konzept in erster Linie die *pharmazeutische Industrie* im Visier. Neben Festzuschuß-Regelung und Ausgrenzung einer Reihe von Arzneimitteln sollen die Pharmahersteller einen „Solidarbeitrag“ in Höhe von 1,7 Milliarden Mark entsprechend 10% der Kassen-Ausgaben für Arzneimittel aufbringen. Die FDP hat jedoch aus ordnungspolitischen Gründen den Plan zu Fall gebracht, diesen Zwangsrabatt gesetzlich vorzuschreiben. Ob Blüm mit jetzt angestrebten „freiwilligen Verhandlungen“ ein Entgegenkommen der Pharmahersteller erreicht, ist fraglich. Möglicherweise einigt man sich darauf, daß die Industrie weiterhin ihre Preise nicht erhöht. Die Apotheker sollen durch Änderungen bei den Apothekenzuschlägen Einnahmeausfälle in Höhe von 600 Millionen Mark hinnehmen.

Bei Ärzten und Zahnärzten sollen die Wirtschaftlichkeitsprüfungen verstärkt werden, die Länder sollen die Zahl der Medizinstudenten durch Zulassungsbeschränkungen reduzieren und auf diese Weise die Zunahme der Zahl der Ärzte bremsen. Insgesamt sollen auf diese Weise bei den Ärzten selbst und den von ihnen verordneten Leistungen zwei Milliarden Mark gespart werden. Von einem Paket von Einzelmaßnahmen im Krankenhausbereich verspricht sich die Koalition Ersparnisse von 1,5 Milliarden Mark. Für die Patienten am ehesten spürbar könnte dabei die künftige Verpflichtung des Arztes zur Einweisung in ein preisgünstiges Krankenhaus unter Beachtung medizinischer Erfordernisse werden. Falls der Versicherte von der Empfehlung des Arztes abweicht, kann er nach der Neuregelung mit den Mehrkosten belastet werden. Diese Vorschrift kann auch in diesem Bereich zu einem Einstieg in eine spätere Festzuschuß-Re-

gelung werden. Demnach könnte beispielsweise für eine Blinddarmoperation ein bestimmter Festbetrag vorgegeben werden, geht der Versicherte in ein teureres Krankenhaus, hätte er die Mehrkosten zu tragen.

Ungelöste Pflegeversicherung

Ein entscheidender Punkt des Konzeptes ist die *Einführung von Pflegeleistungen* in die gesetzliche Krankenversicherung. Für die Förderung der häuslichen Pflege sollen rund 6,5 Milliarden Mark jährlich ausgegeben werden. Damit sollen 600 000 Schwer- und Schwerstpflegebedürftige unterstützt werden. Gedacht ist an eine Ersatzkraft für einen vierwöchigen Urlaub des Pflegenden sowie an die laufende Pflegeunterstützung durch Sozialstationen. In Einzelfällen sollen auch finanzielle Zuwendungen möglich sein.

Der Ansatz des Koalitions-Sparkonzeptes erscheint überzeugend: Die Solidarität sollte auf solche Leistungen konzentriert werden, die der einzelne nicht tragen kann. Bagatell- und Leistungen, die über das Notwendige hinausgehen, kann nach dem Subsidiaritätsprinzip der einzelne selbst tragen. Dies gilt um so mehr, als durch Einsparungen im Bagatell- und Luxusbereich Finanzmittel für eine *bessere Absicherung des Pflegerisikos* freigesetzt werden, das der einzelne und seine Familie in vielen Fällen wirklich nicht mehr allein tragen kann. Andererseits ist es aber ordnungspolitisch fragwürdig, das Pflegerisiko der sozialen Krankenversicherung aufzubürden. Nach dem Prinzip der Subsidiarität sollten hier die Länder oder der Bund eintreten, wenn die Familien und die Gemeinden überfordert sind.

Heinz Schmitz

„Den alten ethnischen Nationalismus können wir uns einfach nicht mehr leisten“

Ein Gespräch über Staatsverständnis, Nation und Fremdenfeindlichkeit mit Professor Dieter Oberndörfer

Weltoffene Republik oder verengtes nationalstaatliches Denken, was ist in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik bestimmender? Wie ist das im Grundgesetz selbst fußende Spannungsverhältnis zwischen beiden Sichtweisen weiterentwickelt worden, und wieweit ist von daher die Asylanten- und Einbürgerungspolitik der Bundesrepublik zu beurteilen? Dieter Oberndörfer, Professor für wissenschaftliche Politik und Direktor des Arnold Bergsträsser-Instituts in Freiburg, hat dazu in dem von Manfred Hättich herausgegebenen Band zum Staatsverständnis der Gegenwart (München 1987, S. 221-243) und in der „Zeit“ (12.11.87)

dezidierte Thesen veröffentlicht. Sie werden in dem folgenden Interview zeitgeschichtlich und politisch verdeutlicht. Die Fragen stellte David Seeber.

HK: Herr Professor Oberndörfer, in einem Beitrag zum Thema Nation und Staatsverständnis vertreten Sie u. a. die These, nationalstaatliches Denken sei atavistisch geworden, Reste eines speziell ethnosbezogenen, „völkischen“ Nationalismus restaurieren zu wollen, gleiche der Wiederbelebung eines klinisch Toten. Eilen Sie damit der politischen Wirklichkeit nicht weit voraus?

Oberndörfer: Der Nationalismus ist eine politische Ideologie der Vergangenheit. Der moderne Nationalismus hat sich als politische Legitimitätsideologie des Staates erst im 19. Jahrhundert herausgebildet. Er beruht auf Geschichtskonstruktionen, die nach den beiden Weltkriegen ihre Legitimität verloren haben. Sie haben aber insofern recht, als in der Masse der Bevölkerung vor allem in Deutschland das Ideengut des völkischen Nationalismus immer noch weit verbreitet ist. Ich glaube aber nicht, daß sich die staatliche Ordnung heute noch mit einer Ideologie begründen läßt, deren geistige Grundlage intellektuell nicht mehr tragfähig ist.

HK: Es bleibt aber der Eindruck, daß sich zwar das nationale Pathos abgeschwächt hat, daß aber fast überall in Europa, und zwar gegen alle Beteuerungen, die Nationalstaatsidee Leitidee bleibt, und zwar auch dann, wenn man sich nicht auf das Nichtzustandekommen einer übernationalen politischen Union Europas, sondern auf die Denk- und Verhaltensgewohnheiten der Bevölkerung, ob in England, in Frankreich oder in Deutschland, bezieht ...

Oberndörfer: Bei allen europäischen Völkern gibt es sicher noch ein nationales Wir-Bewußtsein: Wir Deutsche, wir Franzosen, wir Engländer. Und es gibt damit weiterhin Vorurteile zum Beispiel der Engländer gegen die Deutschen und der Deutschen gegen die Engländer. Aber nehmen Sie das Beispiel Deutschland-Frankreich. Vor dem Zweiten Weltkrieg war in Frankreich der Deutsche noch der Boche, das Schwein. Heute wissen wir aus Umfragen, daß bei den Franzosen die Deutschen in der Beliebtheitsskala ganz oben stehen. Das zeigt doch, daß Vorurteile und Haßpotentiale, die für den Nationalismus des 19. Jahrhunderts charakteristisch waren, abgebaut worden sind. Als in einem Dorf in Franken ein französischer Bauer einheiratete, wollten ihn die Einheimischen 1939 bei Kriegsausbruch aus dem Haus holen und lynchen. So etwas, oder viel grundsätzlicher, Kriege zwischen europäischen Staaten um die Vorherrschaft oder wegen irgendwelcher Gebietsforderungen, in denen Millionen Menschen kaltblütig im Namen der Nation verheizt wurden, halte ich heute für unmöglich.

„Man hat sich vom Gedanken der Nation noch nicht gelöst“

HK: Die Bundesrepublik befindet sich gegenüber anderen europäischen Ländern durch den Zusammenbruch des Dritten Reiches und der nach 1945 entstandenen resp. aufgezwungenen Zweistaatlichkeit in einer Sonder-situation. Man hat aber nicht den Eindruck, daß diese zum Abbau nationalstaatlichen Denkens geführt hat. Gerade wegen der deutschen Spaltung scheint nationalstaatliches Denken ungebrochen weiterzuleben ...

Oberndörfer: Wir haben es mit dem ethnischen Nationalismus trotz der Katastrophe von 1945 in Deutschland schwerer als beispielsweise die Franzosen. Die Franzosen

haben ihren aus der Revolution von 1789 hervorgegangenen Staat als neuen, auf die Menschheit bezogenen weltbürgerlichen, republikanischen Staat verstanden. Dieser republikanischen Tradition war es zu verdanken, daß z. B. islamische Neger aus dem Senegal bereits 1862 französische Staatsbürger werden konnten, während etwa die Kinder aus Mischehen deutscher Siedler mit Hottentotten-Frauen in Südwestafrika – sogenannte Bastarde – noch nach den Reichstagsdebatten von 1910 keine deutschen Staatsbürger sein durften. Unser Nationalismus gründet sich auf die Idee des ethnisch-völkischen Nationalismus. Für ihn ist die Substanz der Nation nur das eigene Volk und Nation konstituieren sich durch Sprache und Abstammung; Deutscher kann man folglich nicht durch bloßen Willensakt werden. Man wird als Deutscher geboren. Nach den Bestimmungen des Grundgesetzes zählen als Deutsche nur die Bewohner und Nachkommen des Deutschen Reiches von 1937, sowie vertriebene Deutsche oder Volksdeutsche aus Osteuropa. Natürlich ist das auch zu sehen auf dem Gesamthintergrund: Man denkt die Welt eben nicht in der Kategorie der Menschheit, sondern aufgeteilt in selbstbezogene Völker.

HK: Und das Christentum hat daran wenig zu ändern vermocht oder hat diese Form des Nationalismus mitlegitimiert?

Oberndörfer: Das Christentum ist vor allem im Protestantismus des 19. Jahrhunderts und zum Teil vorher schon im Calvinismus eine häretische Verbindung mit dem Ideengut des völkischen Nationalismus eingegangen. Die je eigene Nation wurde im Rückgriff auf das Alte Testament als das erwählte Volk Gottes gesehen. Die ist heute noch die Staatsideologie der calvinistischen Buren Südafrikas. Aber auch im deutschen Luthertum wurde die eigene Nation in abenteuerlichen Formen mit dem Volk Gottes gleichgesetzt. Auf dem Koppelschloß der Soldaten beider Weltkriege wurde ein lästerliches „Gott mit uns“ behauptet. Ich erinnere daran – ich bin selbst Lutheraner –, daß sich Martin Niemöller, die große Gestalt der Bekennenden Kirche, 1939 beim Ausbruch des Krieges aus dem KZ Dachau freiwillig zur Verteidigung der deutschen Nation an die Front gemeldet hat. Als es um das Überleben des säkularen Götzen Nation ging, wurden auch im katholischen Bereich die Vorbehalte gegen den atheistischen NS-Staat und vor allem der aktive Widerstand gegen das NS-Regime zurückgestellt.

HK: Denkt man daran, wieviele auf der linken Seite des politischen Spektrums der Bundesrepublik immer noch der Stalinnote von 1952 nachtrauern, oder auch daran, wie jetzt auf der rechten Seite die Wiedervereinigung mit der Abrüstungsfrage zusammengebracht wird, könnte man den Eindruck gewinnen, gerade die deutsche Frage bzw. das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes werde zum Vehikel des Weitertradiesens nationalistischer Traditionen. Ist dieser Eindruck falsch?

Oberndörfer: Von einem republikanischen Staatsverständnis her ist das Postulat des Grundgesetzes, daß die Deutschen in freier Selbstbestimmung über ihre Wiedervereinigung befinden sollten, legitim. In freier Selbstbestimmung bedeutet, daß die Menschen im Gebiet der heutigen DDR oder der Bundesrepublik sich auch gegen eine Wiedervereinigung entscheiden können. Es ist unwahrscheinlich, aber möglich, daß prinzipiell nach langer Trennung die Deutschen gar nicht mehr den Wunsch haben, sich zu vereinigen. Im Grundgesetz steht nichts darüber, daß wir uns mit den Franzosen oder Engländern vereinigen sollen. Vom Gedanken der Selbstbestimmung her muß aber auch das möglich sein. Die Tradition des ethnischen Nationalismus drückt sich in der politischen Fixierung gerade auf die Wiedervereinigung mit den Deutschen im anderen Teil aus, und zwar auf der politischen Rechten wie auf der politischen Linken. Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß nach 1949 die deutsche Linke der eigentlich nationalistische Part in der deutschen Politik war. Schumacher und auch Teile der FDP gaben der „nationalen Einheit“ den Vorrang, die Union der europäischen Einigung.

„Der Historikerstreit artet in eine makabre Buchhaltung des Grauens aus“

HK: ... während seit den späten 60er Jahren wieder die Union stärker in Abhängigkeit von nationalistischem Gedankengut zu geraten scheint. Aber auch die Bahrsche Ostpolitik hatte eine durchaus deutschnationale Komponente ...

Oberndörfer: Man hat sich in beiden Lagern vom Gedanken der Nation noch nicht gelöst. Hierin besteht das größte Defizit in der Aufarbeitung unserer eigenen Geschichte. Wir haben den Nationalsozialismus als einen bloßen Verkehrsunfall in unserer nationalen Geschichte interpretiert. Die deutsche Nation, so wurde argumentiert, sei das Opfer einer Verbrecherbande geworden. Die Nation sei durch ihre politischen Methoden in den Abgrund von 1945 geführt worden. In Wirklichkeit wurde das deutsche Volk in den Abgrund von 1945 gestürzt, weil der deutsche völkische Nationalismus so stark war, daß sich die Deutschen in ihrer überwiegenden Mehrheit bis zur letzten Minute vom Nationalsozialismus nicht trennen konnten. Die große Mehrheit wollte mit dem nationalsozialistischen Rassenwahn gewiß nichts zu tun haben; aber der Widerstand konnte sich nicht durchsetzen, weil man von der Niederlage im Krieg das Ende der Nation befürchtete. Die Nation erhielt damit den Rang eines letzten Wertes, der allen anderen Werten übergeordnet wurde. Man sah zwar die Juden in den Straßenbahnen mit dem gelben Judenstern. Man hat sich individuell darüber empört, aber die Front gegen den äußeren Feind mußte trotzdem gehalten werden. Dies war der ideologische Leim, der den Nationalsozia-

lismus in den Fugen zusammenhielt und seine Herrschaft bis in die letzten Tage des Dritten Reiches stabilisierte.

HK: Wie sehen Sie aus der eben geschilderten Perspektive den Historikerstreit der letzten zwei Jahre?

Oberndörfer: Ich finde gewisse Tendenzen, die in ihm offenkundig werden, äußerst problematisch. 1945 konnte man die eigene Geschichte noch nicht aufarbeiten. Man meinte, die Verbrechen allein den Nationalsozialisten anlasten zu können und nicht auch der nationalistischen Tradition selbst. Man konnte einem Volk, das schon im Ersten Weltkrieg 5 Millionen Menschen auf dem Altar der Nation geopfert hatte und das im Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen noch fürchterlichere Verluste und Leiden hinnehmen mußte, damals nicht zumuten, selbstkritischer zu sein. Jetzt 40 Jahre nach dem Krieg wird auf der Rechten Hitler *wieder* als bloßer Betriebsunfall der deutschen Geschichte dargestellt. Die Grundfrage, wie es möglich war, daß Adolf Hitler so lange walten konnte, auch als das Verbrecherische seines Regimes längst erkannt war, wird nicht zutreffend beantwortet. Auf der anderen Seite konstruieren linke Historiker eine quasi dämonische Negativgeschichte der deutschen Nation als eines personal verantwortlichen Kollektivs. Die Verbrechen im Dritten Reich wurden, so wird hier argumentiert, nicht einfach von Staatsbürgern des damaligen deutschen Reiches begangen, sondern von „den“ Deutschen. Damit begibt man sich unterderhand wieder in die Denkspirale des völkischen Nationalismus. Diese These der Linken kann nur einen Sinn im Kontext der Kollektivschuld haben, wenn also auch die Nachkommen der dritten und vierten Generation verantwortlich gemacht werden für Taten, die sie selbst niemals begangen haben. Das aber ist mit christlichem und humanistischem Verständnis von Schuld und Verantwortung unvereinbar ...

HK: Wenn ich Sie richtig verstehe, dann ist es wohl doch so, daß sowohl Linke wie Rechte bei aller Vorsicht, solche Begriffe überhaupt zu gebrauchen, aus dieser Spirale nicht hinauskommen ...

Oberndörfer: Beide bleiben Nationalisten. Die einen in dem Sinn, daß sie die von ihnen nur positiv konstruierte Nation von Schuld freisprechen wollen, und die nationalistische Vergangenheit als Betriebsunfall verharmlosen. Die anderen durch lückenlose Dämonisierung der Deutschen – die Deutschen ebenfalls wieder als Konstrukt. Im einen Fall wird der Mord an den Juden, im anderen Fall werden die vielen anderen furchtbaren Verbrechen, die in der Menschheitsgeschichte begangen worden sind und die für die Betroffenen individuell so schlimm waren wie für die vom Holocaust Betroffenen, relativiert. Der Historikerstreit artet dabei in eine makabre Buchhaltung des Grauens aus. Früher sagten die Nazis, es seien doch „nur“ 3 und nicht 5 Millionen Juden getötet worden. Die Linke beläßt es nicht bei den 5 Millionen, sondern spricht vom „schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte“. Damit werden andere grauenhafte Massenverbrechen der Geschichte ebenfalls zwangsläufig relati-

viert. Bei Verbrechen ab einer gewissen Größenordnung werden alle Vergleiche zur makabren Buchhalterei. Was sind die Kriterien dieser Buchhaltung: Die Zahl der Leichen? Die Art des Tötens? Ist das Einschlagen von Kinderköpfen mit der Keule, das Sieden der Albigenser in Wasserbottichen, das von den Türken praktizierte Hautabziehen bei lebendigem Leibe, der nukleare Mord oder Holocaust jeweils das schlimmere Verbrechen? Ist das Motiv ein Kriterium: Sind Morde im Namen des Sozialismus, der Aufklärung – durch die Guillotine –, der Kreuzzugsfanatismus weniger schlimm als die Motive der Nationalsozialisten?

„Als verspätete Nation haben wir es vielleicht leichter, die republikanischen Elemente unserer Verfassung wahrzunehmen“

HK: In neuester Zeit gibt es parallel zum Historikerstreit ein zunehmendes Bemühen, Geschichte zu musealisieren: Haus der Geschichte in Bonn, historisches Museum in Berlin. Die gegenwärtige Bundesregierung ist an diesen Bemühungen kräftig beteiligt. Wie eng wird da wieder der Zusammenhang zwischen Mythos Nation und Mythos Geschichte? Offenbar wird gerade so Geschichte wieder kräftig „nationalisiert“, Geschichtsbewußtsein auf nationale Geschichte reduziert ...

Oberndörfer: Die Beschäftigung mit der Geschichte und der Kultur, aus der wir selbst kommen, ist für die Gestaltung der Zukunft wichtig – wichtig im Sinne der Einsicht in die Natur des Menschen. So hat man in früheren Jahrhunderten menschliche Geschichte geschrieben. Man versuchte, den Menschen in der Geschichte in seinen Höhen und Tiefen wiederzuerkennen; in den Höhen im Sinne des Vorbildes, in den Tiefen im Sinne der Abschreckung, der Wahrnehmung, wozu Menschen fähig sind, und des Ermahnens, damit der Niedertracht und Unmenschlichkeit in der Zukunft besser gewehrt werden kann. Geschichte also als Lernprozeß über menschliche Möglichkeiten im Guten wie im Bösen ...

HK: Aber dieses Leitbild scheint gerade durch solche Gründungen wieder auf das „Nationale“ verengt zu werden ...

Oberndörfer: In der Tat: Nomen est omen. Ein Museum der Geschichte „der“ deutschen Nation muß sich notwendigerweise auf die von der nationalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts konstruierte Fiktion „einer“ deutschen Volksnation beziehen. Das ist eine sehr fragwürdige Angelegenheit. Wer sind denn „die“ Deutschen? Kann man ein Museum der deutschen Geschichte auf die Bürger der Bundesrepublik beschränken? Natürlich sind die Bürger der DDR einzubeziehen. Aber wollen wir die Österreicher, die Südtiroler oder andere Minderheiten deutscher Sprache, etwa in Belgien, im Elsaß, in Luxemburg oder in Brasilien und Chile aus-

schließen? Wenn ich mich nicht täusche, hat es bereits politische Proteste aus Österreich zum Museum gegeben. Im Ausland weckt die Gründung böse Erinnerungen an den altdeutschen völkischen Nationalismus.

HK: Steckt auch in dem vielen Klagen über mangelndes Geschichtsbewußtsein und über mangelnde Tradierung von Geschichtsbewußtsein im Grunde kaschiertes völkisch-nationales Denken? Man sagt zwar Geschichte, meint aber doch in erster Linie immer Geschichte der Deutschen.

Oberndörfer: Selbst wenn die Initiatoren damit etwas Anderes vorhaben sollten, wird der völkisch-ethnische Nationalismus wieder museal künstlich beatmet ...

HK: Ich wollte grundsätzlicher fragen: Ob das ständige Anmahnen von mehr Geschichtsbewußtsein, auch der Vorwurf, die Schule vermittele solches zu wenig, wirklich die Forderung nach mehr weltgeschichtlichem Wissen und Bewußtsein meint, so wie Sie es beschrieben haben im Sinne des Lernens aus Schicksalen, Wegmarkierungen und Brüchen, durch die Menschen und Völker gegangen sind, oder ob damit nicht vornehmlich nur auf die Geschichte der eigenen Nation reflektiert wird?

Oberndörfer: Beschäftigung mit Geschichte muß heute vor allem ehrliche Aufarbeitung der überlieferten nationalen Geschichtsschreibung bedeuten. Unsere aus dem 19. Jahrhundert übernommenen Geschichtsbilder bedürfen der Korrektur. Die Gründung des Zweiten Reiches wurde seinerzeit kontinuierlich als naturhaft vorgegebener Vorgang, als Wiederherstellung des alten Deutschen Reiches beschrieben. Tatsachen zum Beispiel wie die, daß Friedrich der Große deutsch höchstens radebrechen konnte, französischer Schriftsteller war und sich nicht als Deutscher, sondern als König von Preußen verstand, werden nur am Rande erwähnt. Die deutsche Geschichte ist ganz anders verlaufen als in unserer nationalen Geschichtsschreibung. So hat zum Beispiel der König von Preußen in seinem Aufruf an die Deutsche Nation zum Kampf gegen Napoleon diesen Aufruf auf deutsch, sorbisch und polnisch veröffentlichen lassen, weil sein Preußenvolk eben aus Deutschen, Sorben und Polen bestand. Daß es einmal ein starkes bayerisches Staatsbewußtsein gab, oder daß sich württembergische Offiziere 1813 in der Völkerschlacht von Leipzig, als ihre Soldaten von Napoleon zu den Preußen überliefen, erschossen, weil sie dies als Verrat an den mit ihnen verbündeten Franzosen empfanden. All dies wurde als falsches Bewußtsein, ja sogar als Verrat an der eigentlichen, der deutschen Nation, abgewertet.

HK: Es gibt auch wieder recht subtile Wege deutscher „Identitätsfindung“. Zum Beispiel beklagt sich Elisabeth Noelle-Neumann in ihrem Buch „Die verletzte Nation“ und in anderen Umfrageanalysen sehr über mangelnden Nationalstolz der Deutschen. Muß man aber unbedingt stolz auf die eigene Nation sein? Reicht nicht, daß – wie Umfragen auch zeigen – die Leute mit dem Leben im ei-

genen Lande und im eigenen Staatswesen insgesamt zufrieden sind?

Oberndörfer: Seit 1945, nach der deutschen Spaltung, dem Verlust der Ostgebiete, der endgültigen Abtrennung Österreichs von einem deutschen Staat können wir nicht mehr in den Kategorien des völkischen Nationalismus denken. Dies ist aber kein Unglück. Wir sollten uns stattdessen auf unsere Verfassung und die durch sie ermöglichte freiheitliche politische Ordnung besinnen. Der Eckstein des Grundgesetzes ist die Würde des Menschen und nicht die Würde des Deutschen. Als verspätete Nation haben wir es vielleicht sogar leichter als andere europäische Völker, die republikanischen Elemente unserer Verfassung wahrzunehmen und zu begreifen, daß das Wesentliche einer politischen Ordnung nicht darin besteht, daß Menschen gleicher Sprache und Abstammung im selben Staat leben, sondern daß das Wichtigste die inhaltliche Qualität der politischen und rechtlichen Ordnung ist: Recht und Freiheit. Auch Einigkeit ist etwas Grundlegendes. Ohne inneren Konsens kann kein Gemeinwesen bestehen. Einigkeit und Recht und Freiheit sind, wie die großartige dritte Strophe des Deutschlandlieds besagt, „des Glückes Unterpfand“. Das sind die grundlegenden Dinge, um die es in der Politik geht: zunächst für die Menschen des konkreten Staatswesens Bundesrepublik, aber darüber hinaus für alle Menschen. Das zeichnet ja die modernen Republiken aus. Sie legitimieren sich aus den Menschenrechten und müssen daher weltbürgerlich offen sein für Menschen, die in ihnen Zuflucht suchen.

HK: Erhöht die völkisch-nationale Tradition gerade bei den Deutschen immer noch auch die Schwelle zu Europa hin?

Oberndörfer: Wir können auf jeden Fall den Weg nach Europa nur finden, wenn wir den alten ethnischen Nationalismus aufgeben und einsehen, daß der Wertbezug der politischen Ordnung primär die Freiheit und die Sicherung der Grundrechte durch die Rechtsordnung ist: Die Freiheit und als ihre Rahmenbedingungen die Gewaltenteilung, die Kontrolle der Macht und der Schutz der Grundrechte. Wir können uns für Europa nur öffnen, wenn wir eine politische Ordnung anstreben, in der Menschen unterschiedlicher völkischer Herkunft und unterschiedlicher Sprache friedlich nebeneinander leben können. Dann müssen wir vor allem die ersten drei Artikel des Grundgesetzes stärker beachten, wo von der Würde „des“ Menschen die Rede ist, von der freien Entfaltung „der“ Person, der Gleichheit „aller“ und „jeder“ vor dem Gesetz.

„Nicht nur eine vertane Chance, sondern ein deutlicher Bruch“

HK: An sich hätte die Bundesrepublik gerade aus ihrem nationalen Zusammenbruch heraus mehr als andere europäische Staaten mit ungebrochener nationaler Tradi-

tion die Chance gehabt, solchen „Verfassungspatriotismus“ als republikanische Praxis zu entwickeln. Auch wenn das Grundgesetz selbst noch schwankt zwischen der Festschreibung völkischer Tradition und republikanischer Neuansätze. Warum sind letztere bisher nicht stärker weiterentwickelt worden?

Oberndörfer: Diese Spannung ist tatsächlich im Grundgesetz selbst angelegt, und zwar im Gegensatz zwischen Artikel 1 bis 3 über die Würde und die Rechtsgleichheit aller Menschen und den folgenden Artikeln, in denen nur noch von Rechten „der Deutschen“ die Rede ist. Mir wäre wohler, wenn neben der Aufforderung zur Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung auch eine Aufforderung enthalten wäre zur Vereinigung mit anderen Völkern Europas in freier Selbstbestimmung. Aber wir müssen damit leben, daß unsere Verfassungsväter, das zeigt sich vor allem in den Bestimmungen über die deutsche Staatsangehörigkeit, Kinder ihrer Zeit waren und völkisch-ethnischem Denken verhaftet blieben. Deutsche Staatsbürger sollten im wesentlichen nur Deutsche mit deutschen Vorfahren sein.

HK: Also doch eine vertane Chance?

Oberndörfer: Nicht nur eine vertane Chance, sondern auch ein deutlicher Bruch. Schon 1958 – ich kann mich im genauen Jahre täuschen – wurde im damaligen Rheinischen Merkur ein Artikel von Paul Wilhelm Wenger veröffentlicht, in dem er die These vertrat, daß nicht die deutsche Einheit das Entscheidende sei, sondern die Freiheit der Deutschen. Wenger schlug vor, es bei der Teilung zu belassen, aber für die heutigen Bewohner der DDR die Freiheit zu sichern. Ein zukünftiges Europa könne ein wiedervereinigtes Deutschland gar nicht verkraften. Es würden nur Ängste aus der Vergangenheit wachgerufen werden. Es gab darüber eine denkwürdige öffentliche Debatte, auch eine heftige Auseinandersetzung im Bundestag. Franz Josef Strauß hat damals engagiert Paul Wenger verteidigt, während die Sprecher der SPD und der FDP, vor allem Dehler, mit Schaum vor dem Mund die Unionsparteien des versteckten rheinisch-bayerischen Separatismus und des nationalen Verrats bezichtigten.

HK: Inzwischen aber erscheint die Union als klassischer Träger ethnisch-nationalen Denkens und die CSU als erklärte Verfechterin gesamt-kleindeutscher Ideale ...

Oberndörfer: Dem kann ich so nicht zustimmen. Nach 1969 mit dem Beginn der sozialliberalen Koalition haben sich zwar die Fronten etwas verschoben. Die Unionsparteien haben sich stärker als zuvor zum Sprecher des Wiedervereinigungspostulats gemacht. Zudem gibt es in der Union recht unterschiedliche und differenzierte Positionen über die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Einigung. Es wäre aber gut, wenn die Thesen Wengers heute wieder stärker ins Bewußtsein kämen, daß es primär nicht auf die staatliche Wiedervereinigung ankommt, sondern auf die politische Freiheit für die

Menschen in der DDR. Wenn wir diese herstellen, können wir im Hinblick auf die verständlichen Ängste der anderen europäischen Staaten vor einer deutschen Hegemonie auf eine Wiedervereinigung verzichten.

HK: Daß Freiheit Vorrang vor Einheit hat, ist offizielle Regierungs- und auch amtliche Unionspolitik; aber es ist längst nicht immer klar, ob auch gemeint ist, was gesagt wird. Muß man deshalb zum Beispiel in der jüngsten Strategiedebatte der Union einen Richtungsstreit auch von „nationaler“ Bedeutung sehen?

Oberndörfer: Das kann ich hier nicht entscheiden. Aber sicher ist, daß sich die Union wieder auf die Ursprünge besinnen muß, die zu ihrer Gründung geführt haben; auch auf die politischen Grundlinien, die für sie in der Ära Adenauer maßgebend waren. Damals stand das Ziel Europa an erster Stelle. Und die Union befindet sich diesbezüglich wohl auch wieder in einem Wandel. Der Empfang Honeckers in Bonn und die vielen Versuche einer „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen den beiden Staaten, zum Beispiel auch die Courage F. J. Strauß' bei der Vermittlung von Krediten für die DDR – Vorgänge, die nicht gleichzusetzen sind mit einer Akzeptanz des politischen Unrechtsystems der DDR – werden eine Eigendynamik entwickeln. Das Verhältnis zur DDR kann sich so weiter entkrampfen und möglicherweise auch in der DDR das politische System langfristig auflockern. Den Menschen dort kann mehr Freiheit eingeräumt werden, wenn die Angst der Herrschenden verringert wird, daß ihr eigenes Herrschaftsmonopol von außen her bedroht und in Frage gestellt wird.

„Asylanten- und Einbürgerungsrecht sind zentral für die Glaubwürdigkeit unserer politischen Ordnung“

HK: Aus vielen Umfragen und Gesprächen weiß man, daß sich – trotz Unzufriedenheit mit Parteien und politischer Führung – die Bevölkerung mit dem Staat Bundesrepublik weitgehend identifiziert. Manche Debatten über nationale Selbstfindung wirken deshalb reichlich künstlich. Könnte es sein, daß die Bevölkerung die nationale Frage entgegen manchem Anschein doch um einiges entspannter sieht als viele der politischen Meinungsführer?

Oberndörfer: Die Bevölkerung dürfte diesbezüglich in der Tat viel weiter sein als manche unserer Politiker und auch weiter, als zum Beispiel die öffentliche Diskussion über den Historikerstreit suggeriert. Man hat sich in der Zweiten Republik eingerichtet; sie wird von weiten Teilen der Bevölkerung bejaht. Man fängt an, auf ihre 40jährige Geschichte stolz zu sein. In nur sieben Jahren entspricht die Existenzdauer der Bundesrepublik der des Zweiten Deutschen Reiches von 1870–1918. Auch die Einstellung der Bevölkerung hat sich trotz immer noch vorhandener Fremdenfeindlichkeit gewandelt.

HK: Dennoch scheint republikanische Weltoffenheit auch heute noch im Umgang mit Ausländern rasch zu enden ...

Oberndörfer: Sicher haben Vorurteile des alten Nationalismus überlebt, auch unter Menschen, die keine Nationalsozialisten waren. Aber wenn ich heute die Reaktionen der Bevölkerung beobachte und die Mischehen sehe, die es ja inzwischen in wachsender Zahl gibt, dann werden Ausländer doch weit mehr akzeptiert. Erstaunlich genug ist auch die Integrationskraft gerade kleiner Gemeinden. Klaus Leggewie hat vor einiger Zeit in der „Zeit“ am Beispiel einer kleinen bayerischen Landgemeinde gezeigt, was sich da von Ort zu Ort geändert hat. Die Gemeinde wehrte sich dagegen, daß eine Gruppe schwarzer Asylanten, die sich dort gut integriert hatte, wieder in ein Lager abgeschoben werden sollte. Es gibt also trotz vieler Ressentiments – vor allem wegen der Angst um Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten – sehr positive Ansätze.

HK: Aber die Angst vor „Überfremdung“ ist beträchtlich. Wird das Verhalten zu Ausländern, speziell zu solchen, die sich von den eigenen Lebensbedingungen stark unterscheiden, zum Krisenpunkt im eigenen Staatsverständnis?

Oberndörfer: Es geht zweifellos um ein zentrales Problem der Legitimierung und Legitimität unserer eigenen politischen Ordnung. Denn diese politische Ordnung legitimiert sich ja aus der Würde des Menschen und aus den Menschenrechten. Und solche Legitimität muß gelebt werden, sonst wird die politische Ordnung brüchig. Die Diskussion über Asylanten und Einbürgerungsrecht ist von zentraler Bedeutung für die Glaubwürdigkeit unserer eigenen politischen Ordnung. Diesbezüglich müssen sicher neue Bahnen beschritten werden. Dabei darf und kann es keinen Zweifel geben, daß für alle neuen, ursprünglich „nicht-deutschen“ Staatsbürger die im Grundgesetz und den Grundrechten verankerte politische und rechtliche Ordnung verbindlich sein muß. Religionsfreiheit ja, aber nur im Rahmen unserer Rechtsordnung, so insbesondere im Hinblick auf die Rechte der Frauen oder die Schulpflicht der Kinder. Auch die Bereitschaft zum Erlernen der staatlichen Kommunikationssprache – hier in der Bundesrepublik des Deutschen – ist ein notwendiges und unverzichtbares Postulat.

HK: Aber Ausländerpolitik, Einbürgerungspolitik, Asylantenfrage sind auf jeden Fall keine Randfragen, sondern gehören zum Kern des eigenen Staatsverständnisses und des Zusammenlebens im republikanischen Verfassungsstaat?

Oberndörfer: Sie sind eine Kernfrage. Wenn wir nicht bereit sind, Menschen auch anderer Kulturräume aufzunehmen und ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft zu geben, verraten wir die Grundwerte unserer republikanischen Verfassung. Die Würde des Menschen, die Gleichheit vor dem Gesetz, das Grundrecht auf Entfaltung der

Persönlichkeit würde nur für Deutsche und nicht auch für Menschen anderer ethnisch-kultureller Herkunft gelten. Aus der Natur des Deutschen aber lassen sich diese Werte nicht begründen. Sie lassen sich immer nur aus den Menschenrechten ableiten.

„Es wird verkannt, daß Einwanderung auch Bereicherung bedeutet“

HK: Müssen auch Bestimmungen des Grundgesetzes neu überdacht werden, zum Beispiel der Asylparagraph 16, oder wie kommen wir anders zu einer weniger ethnoszentrierten Politik?

Oberndörfer: Ich halte die juristische Fixierung des Asylantenrechtes im Grundgesetz im Sinne eines Rechtsanspruchs für sehr problematisch. Sie war in der Situation von 1949 als Wiedergutmachung gut gemeint. Aber sie macht die Frage der Asylgewährung und der Staatsbürgerschaft zu einer rein juristischen Frage. Asylgewährung wird damit u.U. zu einem zehnjährigen Rechtsstreit. Die Politiker können sich hinter den Gerichten verstecken und sich so von den notwendigen politischen Ermessensentscheidungen drücken. Für lange Zeiträume wird der Asylsuchende in irgendwelche Lager abgeschoben, wo er in einer menschlich völlig entwürdigenden Situation, in einer Art Konzentrationslager ohne die Möglichkeit der Entfaltung seiner Persönlichkeit leben muß. Juristisch muß der Asylant eine Bedrohung an Leib und Leben nachweisen, die er in vielen Fällen gar nicht nachweisen kann. Wie hätte etwa ein deutscher Jude in der Zeit vor 1938, bevor die großen Vernichtungsaktionen anliefen, beweisen können, daß er wirklich an Leib und Leben gefährdet war? Er hätte in der Bundesrepublik kein Asyl gefunden oder vermutlich erst Recht bekommen, als nach dem Krieg die volle Wahrheit über die Vernichtungslager bekannt wurde . . .

HK: Für Sie ist der Asylparagraph des Grundgesetzes eine Fehlkonstruktion, weil er zu übermäßiger Verrechtlichung des ganzen Problems führt, andere sind für eine rechtliche Eingrenzung des verfassungsrechtlich gewährten Rechts auf Asyl. Wo liegt aber das eigentliche Problem: bei der überfremdungängstlichen, fremdenfeindlichen Bevölkerung oder bei den mit nationalstaatlichen Scheuklappen versehenen Politikern?

Oberndörfer: Sicher spielen Rücksichten auf den Wähler eine Rolle und auch falsche Wahrnehmungen ökonomischer und politischer Folgen von Einwanderung. Es wird zum Beispiel völlig verkannt, daß Einwanderung auch Bereicherung bedeuten kann. Wir haben das in unserer eigenen Geschichte erfahren, die Preußen mit den Hugenotten, die Rheinländer und Westfalen mit den Polen, die in das Ruhrgebiet eingewandert sind. Es werden ferner die ökonomischen Konsequenzen des Bevölkerungsrückgangs verdrängt. Es wird zum Beispiel nicht bedacht, daß ein Rückgang der Bevölkerung auf 40 Millionen (bei einem Anteil von 55 Prozent über Sech-

zigjähriger) den Binnenmarkt derart drastisch zum Schrumpfen bringen wird, daß dadurch unsere Nationalökonomie noch exportlastiger werden muß, als sie es ohnehin schon ist. Wir sind ein reiches Land, wir haben teure Infrastrukturen aufgebaut, wir haben Schulen, die schon bald leerstehen werden, wir haben Krankenhäuser, die dann geschlossen werden müßten. Und können wir, wenn die Armen der Dritten Welt an unser Tor pochen, einfach sagen, wir lassen sie nicht herein, obwohl wir alle Voraussetzungen haben, um sie aufnehmen zu können?

HK: Also entspricht es mehr noch nüchterner sozialwissenschaftlicher Kalkulation, sich auf die Bundesrepublik als ein künftiges Einwanderungsland einzustellen, als es humanitäre Gesichtspunkte ohnehin gebieten?

Oberndörfer: Ich sehe keinen Gegensatz zwischen Moral und Eigeninteresse: Wenn sich moralische Postulate auch mit eigenen Interessen verbinden lassen, dann wächst die Chance, auch die Moral durchzusetzen. Natürlich gibt es auch andere Aspekte: Einwanderung produziert unvermeidlich auch politisch-soziale Konflikte. Letztere hat es in der Geschichte der amerikanischen Einwanderung immer gegeben. Die alteingesessenen zumeist protestantischen Angelsachsen wollten die Einwanderung von Slawen, Südeuropäern, Katholiken und Ostjuden durch restriktive Quotierungen einschränken. Die Einwanderung von Chinesen wurde nicht mehr erlaubt. Man fürchtete sich vor der Gefährdung der eigenen politischen und kulturellen Vorherrschaft. Jetzt gibt es Konflikte wegen der Hispanics, der spanischsprechenden Einwanderer aus mittelamerikanischen Ländern und der Karibik. Solche Konflikte sind unvermeidlich. Dies zeigt auch die Entwicklung in Frankreich, die Entstehung eines populistischen Rassismus gegen die moslemische Einwanderung aus Nordafrika.

HK: Aber solche Konflikte konnten in den USA als klassischem Einwanderungsland mittel- oder langfristig immer gelöst werden, außer der auf Sklavenimport zurückgehenden und fortwirkenden Diskriminierung der Schwarzen . . .

Oberndörfer: Es ist interessant, daß in den USA die Schwarzen, die aus der Karibik und damit aus sozial inaktiven Strukturen kommen, viel weniger Probleme des sozialen Aufstiegs haben als die Nachkommen der Sklaven. Durch die Sklaverei wurden soziale Strukturen mit menschlich-sozialen Schädigungen geschaffen, die bis heute nicht bewältigt worden sind. Aber das ist ein Sonderproblem. Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik wird auch zu einer folgenschweren Schrumpfung der Begabungen und der geistig-politischen Vitalität führen. Ich ziehe ethnische und kulturelle Konflikte in der Bundesrepublik der sich abzeichnenden lähmenden Alterssklerose vor. Wir brauchen junge Menschen, damit diese Gesellschaft dynamisch und vital bleibt. Und ethnisch-kulturelle Konflikte können auch eine produktive Herausforderung sein im Sinne einer Entprovinzialisierung der Bundesrepublik.

„Integration entwickelt auch eine Eigendynamik“

HK: Ist das aber nicht allzu eiliger Vorgriff auf eine multikulturelle Gesellschaft, die sich ja nur langfristig und über nicht einfache Assimilations- und Inkulturationsstufen realisieren läßt?

Oberndörfer: Das sehe ich nicht so. Und vor allem glaube ich, daß unsere sehr dichten sozialen Strukturen noch wesentlich integrationsstärker sind als die amerikanische Gesellschaft mit ihren sehr harten, zum Teil auch unmenschlichen sozialen Verhältnissen. Natürlich gibt es auch so etwas wie Staatsklugheit. Das freiheitlich-rechtsstaatliche Gemeinwesen muß erhalten bleiben, das setzt der Aufnahmefähigkeit natürliche Grenzen. Aber diese

sind noch lange nicht erreicht. Und Integration entwickelt auch eine Eigendynamik: Diejenigen, denen man das Staatsbürgerrecht gegeben hat und die es nicht über zehnjährige Prozesse erkämpfen mußten, werden auch gerne Staatsbürger sein. So läuft es in allen Einwanderungsländern ab. Die Nachkommen können sehr viel schneller integriert werden von denen, die schon vor Ort sind und den Schritt zum Staatsbürger getan haben, als die „altansässigen“ Bürger selbst. Die Umwandlung der Bundesrepublik in ein Einwanderungsland und die Liberalisierung der Asylgewährung werden vermutlich kurzfristig kaum durchsetzbar sein. Zunächst kommt es jetzt auf die Änderung der Grundeinstellungen in der Bevölkerung wie bei Politikern an. Eines ist aber auf jeden Fall klar: Den alten ethnischen Nationalismus können wir uns einfach nicht mehr leisten.

„Ein erstrangiges Ergebnis des ökumenischen Prozesses“

Die römische Stellungnahme zu den Lima-Erklärungen

Die mit besonderer Spannung erwartete römische Stellungnahme zu den Lima-Erklärungen über Taufe, Eucharistie und Amt ging im Herbst 1987 bei der Genfer Kommission für Glauben und Kirchenverfassung ein (vgl. HK, Oktober 1987, 458f.). Wir dokumentieren den vollständigen Text der vom Einheitssekretariat in Zusammenarbeit mit der Glaubenskongregation erarbeiteten Stellungnahme in eigener Übersetzung. Das englische Kürzel „BEM“ (für: Baptism, Eucharist, Ministry) wurde im deutschen Text beibehalten.

I. Einleitung Würdigung

Das Faith-and-Order-Dokument *Taufe, Eucharistie und Amt* (BEM) entstand als Höhepunkt einer mehr als fünfzigjährigen Arbeit, die mit der Ersten Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung 1927 in Lausanne begann. Die Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung ist ein Grundpfeiler der modernen ökumenischen Bewegung, der Suche nach der Wiederherstellung der Einheit aller Christen, die vom Zweiten Vatikanischen Konzil als eine Bewegung „unter der Einwirkung der Gnade des Heiligen Geistes“ (UR, Nr. 1) beschrieben wird und sie war einer der Wege, die zur Bildung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 führten. Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung innerhalb des ÖRK weist der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung den Weg. BEM ist vielleicht das bisher wichtigste Ergebnis dieser Bewegung.

BEM ist aus mehreren Gründen von Bedeutung. Erster Grund ist die Zusammensetzung der Kommission, die den Text 1982 in Lima verabschiedete. Sie bestand aus Anglikanern, Orthodoxen, Protestanten und Katholiken (obwohl die katholische Kirche nicht Mitglied des ÖRK ist, entsendet sie offiziell zwölf Delegierte in die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung,

die in eigener Verantwortung als stimmberechtigte Mitglieder an der Arbeit der Kommission teilnehmen. Sie stellen ein Zehntel der 120köpfigen Kommission). Die Kommission repräsentiert eine große Bandbreite von Kirchen und Gemeinschaften, „eine reiche Vielfalt von Traditionen und kulturellen Prägungen“, die „in Dutzenden von Sprachen Gottesdienst (feiern) und unter den verschiedensten Systemen politischer Ordnung (leben)“ (Vorwort zu BEM). Diese Kommission beansprucht, in BEM einen „bemerkenswerten Grad an Übereinstimmung“ erzielt zu haben, aber noch nicht den vollen Konsens und „bedeutsame theologische Konvergenzen“, wobei sie gleichzeitig „umstrittene Fragen“ nennt, „die noch weiterer Klärung bedürfen“ (Vorwort). Theologen aus Gruppen, die in der Geschichte häufig in direkter theologischer Konfrontation und Entzweiung gegeneinander standen, beanspruchten jetzt gemeinsam Übereinstimmung und/oder Konvergenz in entscheidenden Bereichen des Glaubens. Das ist schon als solches ein bemerkenswertes Ergebnis.

Zum zweiten ist BEM ein erstrangiges Ergebnis des ökumenischen Prozesses, der auf dem historischen Hintergrund der Spaltungen unter Christen auf das Ziel der Einheit im Glauben hinarbeitet. BEM beansprucht einen Grad der Übereinstimmung oder zumindest Bereiche theologischer Konvergenz, die einen wichtigen Beitrag zu diesem Ziel darstellen würden. Papst Johannes Paul II. sagte gegenüber einer Arbeitsgruppe von Faith and Order, die sich 1980 in Rom vor der endgültigen Fertigstellung des Dokuments mit BEM befaßte: „Ihr ... beständiges Bemühen hat schon zu Ergebnissen geführt, für die wir dem danken, der uns dazu geschenkt ist, uns in die volle Wahrheit einzuführen (vgl. Joh 16, 13). Es muß fortgesetzt werden. Es ist notwendig, daß das Ziel erreicht wird“ (Einheitssekretariat, Informationsdienst Nr. 45, 1981/1).

Drittens ist BEM von Bedeutung, weil Faith and Order mit dem